

EU-OSTERWEITERUNG

# Wieviel Freizügigkeit verträgt die EU?

**Bringt die Osterweiterung der EU eine verstärkte Arbeitsmigration nach Westen? Nein, sagen wissenschaftliche Studien. So mancher Politiker und Gewerkschaftler nutzt jedoch die Gelegenheit und heizt die Debatte mit nationalistischen Parolen an.**

Bülent Sahin ist betroffen. Es ist die Osterweiterung der EU, die die Sorgenfalten auf seiner Stirn verursacht. "Unsere Löhne werden nach unten ziehen, wenn es diese billige Konkurrenz gibt", steht neben dem Porträt des 24-jährigen Maurers, das groß auf der Titelstory des "Grundstein", der Zeitschrift der deutschen Gewerkschaft IG Bau prangt. Mörtelverschmiertes Sweat-Shirt, die Kelle in der rechten Hand, mitleiderregender Blick. "Notfalls müssen wir demonstrieren gehen. Ich bin bereit dazu", kündigt der türkische Bauarbeiter an. Neben ihm macht Alex Papakostas (60,

gelernter Maurer) mit ängstlichen Augen gegen die Osterweiterung mobil: "Die haben uns damals aus Griechenland geholt. Sie haben gebettelt, dass wir kommen. Und jetzt kriegen wir einen Arschtritt." Mehr noch: "Osterweiterung heißt: Die machen uns kaputt. Das ist total ungerecht, das ist keine soziale Gerechtigkeit", weiß Papakostas.

Ausländische Arbeiter als Sprecher einer deutschen Gewerkschaft. In der Randspalte erklärt IG Bau-Bundesvorsitzender Klaus Wiesehügel mit gewählten Worten, wieso die Männer vom Bau sich solche Sorgen machen. "Unsere Mitglieder hätten keinerlei

Verständnis dafür, wenn wir eine solche Existenzbedrohung im Interesse hehrer europäischer Ziele schweigend hinnähmen oder uns nur auf papierene Protesterklärungen beschränkten", kündigt Wiesehügel an. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort", lautet die Forderung der IG Bau. Aus Osteuropa droht die Flut der Billigarbeiter, so die alarmierende Botschaft. Nicht-deutschen Malochern in den Mund gelegt, soll sie wohl weniger fremdenfeindlich klingen.

Doch nicht nur Gewerkschaften machen gegen die Osterweiterung mobil. Besonders in Deutschland und Österreich nutzen auch so manche Politiker die Gunst der Stunde, um vor einer Flut von Arbeitswilligen aus dem Osten zu warnen. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder schürt die Angst auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Mit der Integration der

osteuropäischen Staaten in die EU drohe ein "riesiges Wohlstandsgefälle", das werde erheblichen "Migrationsdruck erzeugen", verkündete der Kanzler öffentlich. Ungezügelt sei dies für Deutschland "nicht verkraftbar". Über solche Aussagen freute sich nicht nur der rechte Populist Jörg Haider, dessen FPÖ schon seit Jahren mit nationalistischen Argumenten gegen die Osterweiterung wettet.

Die Panikmache vor der drohenden Einwanderungsflut stimmt keineswegs mit den Prognosen von Wirtschaftsinstituten überein. Denn bislang kommen solche Gutachten viel mehr zu dem Schluss, dass sich nach der EU-Osterweiterung zunächst nur wenig verändern wird. Das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) rechnet im Fall der Einführung der Freizügigkeit im Jahre 2002 im ersten Jahr für alle zehn Beitrittskandidaten etwa mit knapp 220.000 zusätzlichen EinwanderInnen in Deutschland und 335.000 in allen Mitgliedstaaten. Bis zum Ende des Jahrzehnts würde den Vorhersagen des DIW nach die jährliche Zuwanderung auf insgesamt 145.000 fallen.

Ähnlich war es bei der Süderweiterung der EU: Auch damals wurde vor einer Massenzuwanderung aus Griechen-

land, Spanien und Portugal gewarnt. Doch der Strom blieb aus - vielen SüdeuropäerInnen hatte gerade die EU-Mitgliedschaft neue Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt eröffnet. Die Gutachten stimmen jedoch ebenso darin überein, dass Kapitaleigner von der jetzt zu erwartenden Zuwanderung profitieren werden. Auch dieser Aspekt der Osterweiterung dürfte vor allem den deutschen Markt betreffen.

Gewinne und Verluste der Einwanderungen seien, so heißt es in der DIW-Studie, "nicht gleich über die Produktionsfaktoren verteilt". Ob es nun beispielsweise die Baubranche besonders hart treffen wird und Bülent Sahin sich bald einen neuen Job suchen muss, ist ebenso unklar wie die Entwicklungen in der Branche, die es ohne die Osterweiterung geben wird. Fest steht nur, dass man offensichtlich sowohl in der Partei- als auch in der Gewerkschaftspolitik auf die Angst vor dem konkurrierenden Osten setzt. Somit könnte der Luxemburger Premier recht behalten mit seiner Aussage: "Die Ost-Erweiterung gehört zu den unpopulärsten Unterfangen, die die EU jemals angegangen ist."

Danièle Weber

## Freizügigkeit für Personen

Im Zuge der Errichtung des Gemeinsamen Marktes wird in der Europäischen Union ebenfalls die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten - Freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs-, und Kapitalverkehr - angestrebt. Artikel 39 des Maastrichter Vertrags sichert den ArbeitnehmerInnen die Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft zu. Eine Diskriminierung nach Staatsangehörigkeit in den Bereichen der Beschäftigung, der Entlohnung und der sonstigen Arbeitsbedingungen ist unzulässig. Nach Artikel 40 trifft der Rat durch Richtlinien und Verordnungen "alle erforderlichen Maßnahmen, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen".

Das Thema sorgte in den letzten Monaten in den Verhandlungen um die Osterweiterung für größere Auseinandersetzungen: Deutschland und Österreich sperren sich dagegen, den neuen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit der Personen zu gewähren und setzten durch, dass ihnen diese erst nach einer Übergangsfrist eingeräumt werden wird.

INTERVIEW

# Fremdenfeindliche Gespenster

**Statt protektionistische Schutzmaßnahmen zu erörtern, sollten sich Gewerkschaften für europaweite soziale Standards stark machen, findet Jean-Claude Reding, Vizepräsident und Europaexperte des OGBL.**

**WOXX: Alle Welt diskutiert zurzeit über die Erweiterung in Richtung Osten. Die Gewerkschaften der Grenzländer Deutschland und Österreich fürchten negative Effekte für ihre ohnehin angespannten Arbeitsmärkte und ihre Wirtschaft. Die luxemburgischen Gewerkschaften haben sich bisher kaum zum Thema EU-Erweiterung geäußert. Warum?**

**Jean-Claude Reding:** In Luxemburg ist die Situation eher umgekehrt als in den Grenzländern. Wir haben im Gegensatz zu Deutschland und Österreich hier eine geringe Arbeitslosigkeit. Vielleicht ist es deshalb hierzulande weniger ein Thema. Bei

uns dreht sich die Diskussion eher um die institutionelle Reform und die sozialen Standards.

**Um zu verhindern, dass mit der EU-Osterweiterung vor allem billige Arbeitskräfte ins Land kommen und diese einheimische ArbeitnehmerInnen von ihren Arbeitsplätzen verdrängen, fordern deutsche und österreichische Gewerkschaften, die Freizügigkeitsregelung für sieben Jahre übergangsweise einzuschränken.**

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB, und mit ihm der OGBL, hat im Dezember 2000, unmittelbar nach Nizza, seine Positionen festgelegt. Die Hauptfrage der Osterweiterung, die im Vor-



MigrantInnen aus Osteuropa werden vor allem für das Gaststätten- und Bargewerbe erwartet.

(Foto: Hilde Leubner)

dergrund der europäischen Gewerkschaftspolitik steht, ist die Vereinigung auf demokratischer Ebene der EU. Das bedeutet einerseits eine Infragestellung des jetzigen Funktionierens der EU. Zum anderen geht es natürlich um die sozialen Standards oder das soziale Modell, das hinter der europäischen Idee steht. Diese Punkte stehen für die Gewerkschaften erstmal im Vordergrund und nicht die protektionistische Abschottung des Arbeitsmarktes. Die Frage der Freizügigkeit ist dann nur ein Punkt unter vielen.

**Welche Rechte zählt der OGBL zu den sozialen Standards, die europaweit fest-**

**geschrieben werden müssen?**

Bei den Themen Krankheit, Mutterschutz, Unfall, Gesundheitsstandards, Pflege, aber auch Invalidität und Behinderung muss grundsätzlich eine Absicherung sichergestellt sein. Die zweite Frage-Ebene ist die der Höhe der Leistungen. Ich kann mir auch ein europaweit festgeschriebenes garantiertes Mindesteinkommen vorstellen.

**In vielen osteuropäischen Ländern fehlen genau diese sozialen Standards.**

Das haben wir in der Vergangenheit zu wenig thematisiert. Inzwischen haben der EGB und auch der OGBL in ih-

rer Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Gewerkschaften - allen voran den tschechischen, slowakischen und ungarischen - den Schwerpunkt auf den Aufbau der Systeme der sozialen Sicherheit vor Ort gesetzt. Auf europäischer Ebene fordern wir seit Jahren in den Diskussionen um die institutionelle Veränderung in Europa ein europäisches Regelwerk zu allen sozialen Themen.

**Übergangsfristen, so argumentieren deutsche und österreichische GewerkschafterInnen, sollen den Ländern in Osteuropa und der EU Zeit geben, um sozia-**

**le Standards und Rechte in den Beitrittsländern aufzubauen bzw. an die Niveaus der Mitgliedstaaten anzugleichen.**

Im EGB gibt es unterschiedliche Nuancen und Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Gewerkschaften. Die skandinavischen Kollegen zum Beispiel drängen sehr nach vorn, die deutschen und österreichischen sind eher zurückhaltend. Das hängt auch viel mit dem Kontakt zu den Nachbarländern und der Geschichte zusammen. Ich meine, die Diskussion um Übergangsfristen zur Mobilität der ArbeitnehmerInnen gehört nicht in den Vordergrund. Die grundsätzliche Frage lautet, ob man die EU eher als Wirtschaftsraum sieht oder auch als eine soziale Konstruktion. Was das Thema Einwanderung betrifft, muss man ganz genau beobachten, was tatsächlich auf den Arbeitsmärkten der jeweiligen Länder passiert. In der Diskussion werden Gespenster aufgebaut, die viel mit Fremdenfeindlichkeit und Angst zu tun haben, aber wenig mit Realitäten.

**Der EGB fordert "gleiche Löhne für gleiche Arbeit", um Lohndumping in der EU durch Arbeitskräfte aus Osteuropa zu verhindern. Wie realistisch ist das?**

Bei dieser Forderung geht es nicht um Nettozahlen. Gleiche Nettolöhne gibt es nicht, weder zwischen den jetzigen Mitgliedstaaten noch innerhalb eines Staates. Was wir brauchen, ist eine Diskussion über öffentliche Aufträge. Bei der Auftragsvergabe dürfen nicht nur finanzielle Überlegungen eine Rolle spielen. Auch soziale Kriterien müssen berücksichtigt werden wie zum Beispiel: Hat das Unternehmen einen Tarifvertrag? Gibt es einen Mindestlohn? Werden Gewerkschaftsrechte respektiert? Umweltstandards gehören dazu. Für Luxemburg hieße dies, dass ausländische Firmen, die sich hierzulande um öffentliche und private Aufträge bewerben, die vorgegebenen Standards respektieren müssten.

**Das öffnet nationale Protektionismus doch Tür und Tor.**

Auftragsvergabe ebenso wie die Auswahlkriterien müssen auf europäischer Ebene kontrollierbar sein. Das gilt ebenso für Fusionen und Umstrukturierungen. Nicht die Wettbewerbs- oder Gewinnsituationen allein entscheiden, sondern auch die Auswirkungen auf die soziale Situation in der jeweiligen Region. Europa ist nicht nur ein Wirtschaftsraum.

**Welche Effekte werden von der EU-Erweiterung konkret für den luxemburgischen Arbeitsmarkt und die Wirtschaft erwartet?**

Meines Wissens existiert bisher keine Studie, die sich mit der luxemburgischen Si-



Wird er bald gegen osteuropäische Kollegen demonstrieren?

(Foto: Martin Linster)

tuation befasst. Das Thema wird kaum diskutiert. Die Arbeitgeber betonen im Wirtschafts- und Sozialrat zwar immer häufiger, dass sie nicht genügend qualifizierte Leute haben.

**"Wen sollte es stören, wenn morgen aus Polen ArbeitnehmerInnen sich auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt bewerben und sie Qualifikationen haben, die hier gesucht werden?"**

Allerdings ist das mit Vorsicht zu genießen: Die Arbeitgeber missbrauchen die Diskussion oft auch, um eine gezielte, selektive Einwanderungspolitik zu forcieren und billige qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit in Luxemburg sowie in der weiteren Grenzregion beruht zu einem überwiegenden Teil auf Qualifizierungsproblemen. Ohne das als Schutzmaßnahme zu sehen oder über Einwanderungsquoten zu reden: Für diese Arbeitslosen muss es die Möglichkeit zur Weiterbildung und Qualifizierung geben. Wenn in einer Region, in der viele Menschen arbeitslos sind, eine starke Zuwanderung stattfindet, riskieren wir tatsächlich negative Reaktionen der Bevölkerung. Rechtsextreme und populistische

Gruppen haben es dann sehr viel leichter, Stimmung zu machen. Wen sollte es ansonsten stören, wenn morgen aus Polen ArbeitnehmerInnen sich auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt bewerben und sie Qualifikationen haben, die hier gesucht werden und nicht da sind?

**In Nizza hat die EU versucht, elementare soziale Grundrechte des Einzelnen europaweit festzuschreiben. Wie bewerten Sie die Grundrechte-Charta im Hinblick auf europäische Gewerkschaftspolitik?**

Was mir an der Grundrechte-Charta hauptsächlich fehlt, ist die europaweite und auf europäischer Ebene angesiedelte Anerkennung von Gewerkschaftsrechten. Diese sind lediglich als nationale Konzeptionen auf jeweiliger Landesebene in den europäischen Gesetzen verankert. In Nizza wurde alles, was Gewerkschaftsrechte betrifft, ausgeklammert. Sicher: Auf nationaler Ebene können und sollen die nationalen Themen auch weiterhin geregelt werden. Aber durch den Binnenmarkt haben wir eine zusätzliche Dimension. Durch den Rückgriff auf das Nationale wird zum Beispiel ein europaweites gewerkschaftliches Aktionsrecht verhindert.

**Was heißt das konkret?**

Gehälterdiskussionen sind keine ausschließlich nationale Angelegenheit mehr. Der OGB-L sagt ganz klar: Die Arbeit und ergo auch die Tarifpolitik werden künftig noch

viel stärker eine europäische Dimension bekommen. Deshalb müssen wir uns schon jetzt damit auseinandersetzen. Das tun wir zum Beispiel, in dem wir uns verstärkt interregional organisieren. In der so genannten Dorn-Gruppe haben wir versucht, Regeln zwischen den Ländern für Tarifverhandlungen festzulegen. Diese Leitlinien sollen verhindern, dass es zu einem Standortwettbewerb zwischen den Ländern auf dem Hintergrund von Lohnpolitik kommt.

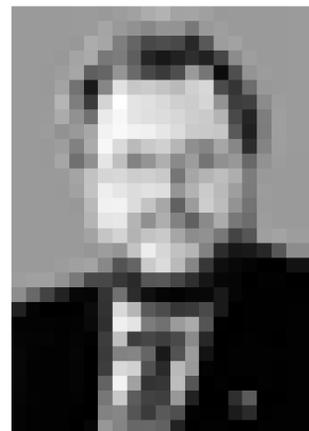
**Diesen Wettbewerb gibt es doch schon. Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen zwei Jahren niedrigere Lohnabschlüsse durchgesetzt als ihre niederländischen und belgischen Nachbarn.**

Ja, teilweise machen sich Gewerkschaften selbst Konkurrenz. Mit dem Resultat, dass sie die Spirale nach unten drehen und somit Standards verschlechtern. Wir müssen uns in der Tarifpolitik wesentlich besser koordinieren. In Luxemburg läuft das aufgrund der automatischen Indexanpassung ohnehin ein wenig anders. Wir brauchen nicht mehr für den Lohnausgleich für Preissteigerungen zu kämpfen. In unseren Tarifverhandlungen geht es nur noch um die Gewinne, die Produktivität und die jeweiligen betrieblichen Kräfteverhältnisse.

**Sie betonen die europäische Dimension der heuti-**

**gen Gewerkschaftspolitik. Im Kontext der Fusion von Arbed, Usinor und Aceralia haben luxemburgische Gewerkschaften sehr stark die nationalen Interessen betont.**

Dennoch nimmt der Anteil unter den Gewerkschaftern, der die europäische Dimension betont, zu. Durch Globalisierung und den europäischen Binnenmarkt werden internationale bzw. europaweite Zusammenschlüsse immer wichtiger. Das, was auf



Jean-Claude Reding

Unternehmensseite passiert, gilt auch für uns Gewerkschaften. Das bedeutet erstens, dass die Arbeitnehmer in den Betrieben internationale Aspekte selbst viel stärker betonen. Und wir uns zweitens als Gewerkschaft auch viel stärker europaweit informieren und organisieren müssen. Wir versuchen jeglichem falschen Patriotismus und Nationalismus entgegenzuwirken. Deshalb beschäfti-

gen wir uns auch mit Themen, die nicht unbedingt populär sind - Regularisierung von Illegalisierten zum Beispiel. Wir führen mit unseren Mitgliedern zum Teil harte Auseinandersetzungen über dieses Thema. Da muss man überzeugen und Argumente bringen.

**Zum Beispiel ... ?**

Aus demokratischer und gewerkschaftlicher Perspektive kann man nicht auf der einen Seite die Leute im Betrieb als Arbeitskräfte wollen, ihnen dann aber auf der anderen Seite bestimmte Mitbestimmungsrechte verweigern.

**Die EU hat vor kurzem eine Richtlinie verabschiedet, wonach alle Mitgliedstaaten Mitbestimmungs- und Informationsbestimmungen einführen werden müssen.**

Wir haben die Richtlinie als Kompromiss kritisiert, weil sie lediglich abgeschwächte Sanktionen bei Nichtbeachtung der Richtlinie vorsieht. Aus Erfahrung wissen wir, dass Rechte, die nicht einklagbar sind, nichts bedeuten. Warum diskutieren wir nicht über ein offizielles Klagerecht des EGB beim EuGH bei Nichteinhaltung der Richtlinie? Richtlinien gegen Diskriminierung und Belästigung auf dem Arbeitsmarkt, die zum sozialen Standard gehören, brauchen ein Instrument. Nur so können sie wirksam greifen.

Interview: Ines Kurschat